

Protokoll des 4. bundesweiten Treffens von Vertretern der Sozialbündnisse, Organisatoren der Montagsdemonstrationen, Organisationen der sozialen Bewegung und der Gewerkschaften am 22. Januar 2005 in Leipzig

An der Beratung nahmen ca. 90 Vertreter aus u.a. folgenden Städten teil: Aschersleben, Berlin, Bernburg, Bitterfeld, Braunschweig, Chemnitz, Coswig, Cottbus, Dresden, Elsterwerda, Finsterwalde, Frose, Göttingen, Gröditz, Hohenmölsen, Hoyerswerda, Ilfeld, Könnern, Kulmbach, Lauter, Leipzig, Magdeburg, Markkleeberg, Mittweida, Mohorn, Nordhausen, Plauen, Quedlinburg, Schweinitz, Senftenberg, Sondershausen, Stadtsteinach, Staßfurt, Taucha, Weißenfels, Wittenberg, Zwickau

Sie gehören u.a. folgenden Organisationen und Initiativen an: Aktionsbündnis Soziale Gerechtigkeit – Stoppt den Sozialabbau (Leipzig-Nordsachsen), Aktionsgruppe gegen soziales Unrecht Finsterwalde, Aktionsgruppe gegen Sozialabbau Hoyerswerda, Aktionsgruppe gegen soziales Unrecht Senftenberg, Aktionskreis Demokratie & soziale Politik (DSP) Leipzig, Attac Berlin, Attac Plauen, Attac Villa, Aus Wut wird Widerstand Chemnitz, Bündnis gegen Sozialkahlschlag Braunschweig, Bündnis gegen Sozialkahlschlag Dresden, Bündnis Montagsdemo Göttingen, Bündnis soziale Gerechtigkeit Cottbus, Bürgerinitiative Bernburg, Bürgerinitiative für soziale Gerechtigkeit Weißenfels, Euromarsch, Friedenszentrum Leipzig, IG contra Sozialabbau Aschersleben-Staßfurt, Soziales Bündnis Wittenberg, Initiative Sozialprotest Sondershausen, Neues Forum Leipzig, Nordhausen macht mobil, Soziale Gerechtigkeit Kulmbach, Soziale Gerechtigkeit Sondershausen, Soziales Bündnis Wittenberg, Sozialforum Berlin, Sozialforum Leipzig, Sozialforum Magdeburg, Ver.di Bezirk Berlin, Ver.di Bezirk Leipzig-Nordsachsen, Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit

Ergebnisprotokoll

Top 1 Impulsreferate: „Wie weiter mit Agenda 2010 und dem Widerstand“ (Bernhard Krabiell BGF Ver.di Leipzig-Nordsachsen) und „Agenturschluss – Aktionen und wie weiter“ (Prof. Peter Grottian, Berlin)

Top 2 Diskussion – Aussprache im Plenum

Beschluss über Arbeitsgruppentitel

1 – AG Aktionstage/Protesttage

2 – AG Forderungsbündel

3 – AG Erfahrungsaustausch der Organisatoren der Montagsdemonstration

Top 3 Arbeit in Arbeitsgruppen

Top 4 Bereiche aus den Arbeitsgruppen

Die Versammlung fällt den Beschluss, sich künftig an jedem 2. Samstag in jedem „ungeraden Monat“ zu treffen. Die nächsten Treffen finden also am 12. März, 14. Mai und 9. Juli statt.

Die einzelnen Initiativen und Organisationen mögen Ihre Kontaktdaten auf der Vernetzungs-Homepage www.soziale-bewegung.de ergänzen und ggf. geeignete Texte an web@soziale-bewegung.de senden, sowie die Vernetzungs-Homepage www.soziale-bewegung.de auf ihrer eigenen Homepage verlinken.

4.1. Arbeitsgruppe 1

- Der Aufruf zum „Tag der Rechenschaft“ am 14. Februar 2005 als bundesweiter Aktionstag wird unterstützt. Sich beteiligende Städte mögen ihre Teilnahme am Aktionstag bitte an die e-Mail-Adresse Information@soziale-bewegung.de mitteilen, damit eine bundesweite Übersicht über die teilnehmenden Städte existiert. Die Homepage-Adresse der bundesweiten Informationsseite lautet „www.soziale-bewegung.de/Tag-der-Rechenschaft.htm“
- Auf der Seite Termine der Homepage www.soziale-bewegung.de werden - unter Nutzung schon bestehender „Terminübersichtsseiten“ anderer Organisationen - ausführliche Terminübersichten zu Aktionen und Veranstaltungen eingerichtet bzw. verlinkt.
- Auf der Homepage www.soziale-bewegung.de soll eine Seite für Aktionsformen des Protestes eingerichtet werden. Vorschläge für Aktionsformen sind an web@soziale-bewegung.de zu senden. [Anmerkung: Wenn niemand eine Aktionsform vorstellt und schickt, wird die Seite auch nicht eingerichtet.]

4.2. Arbeitsgruppe 2

- Ein moderiertes Forum zum Forderungsbündel wird eingerichtet

- Die Selbstorganisation der Ein-Euro-Jober sollte einer der Schwerpunkte unserer gemeinsamen Bemühungen sein
- Am 12. Februar findet eine offene Ko-Kreis-Beratung zur Erarbeitung eines „Konzeptpapiers“ statt. Der genaue Ort und Zeitpunkt, wird durch die Leipziger Mitglieder des Ko-Kreises all jenen bekannt gemacht, welche sich in die ausliegende Liste für den 12. Februar eingetragen haben.

[Der folgende Bericht der Arbeitsgruppe wurde für das Protokoll von Rainer Wahls (Berlin) verfasst]

„Die Arbeitsgruppe hatte den Auftrag sich über ein übersichtliches Forderungsbündel zu verständigen, mit dem der Bewegungszusammenschluss der Hartz-Protteste zukünftig agitieren könnte, bzw. einen entsprechenden Verständigungsprozess dem Plenum vorzuschlagen. Als Grundlage diente das Positionspapier „Auf dem Weg zu einer sozialen Opposition“ aus Berlin, das von Roland Klautke und mir verfasst wurde.

I. In der Arbeitsgruppe wurde das Papier kurz zusammengefasst. Den analytischen Teil des Papiers haben wir weggelassen, da es nur zur Reflektion des Bewegungsstandes gedient hatte, verschiedene Zusammenhänge und Problemlagen beschreiben sollte, um daraus die zukünftigen Forderungen zu entwickeln.

Einer der Ausgangsgedanken war, das die zentrale Losung: Weg mit Hartz IV, zwar als generelle Forderung beibehalten bleiben sollte. Wir müssen aber sowohl umgreifende und positive Ziele für ein neues gesellschaftliches Projekt formulieren, damit der gegenwärtigen Fragmentation der Betroffenen begegnet werden kann, dem Widerspruch zwischen der offiziellen, neoliberalen Leitideologie und den tatsächlichen Problemen für einen bedeutenden Teil dieser Bevölkerung aufgemacht werden kann. Wir benötigen eine bündelnde Vision der gesellschaftlichen Kritik, die sich ab trotzdem hier und jetzt konkretisieren ließe und in umsetzbares Teilziel herunterbrechen ließe. In der Berliner Debatte hatte sich folgendes Bündel aus zentralen Forderungen herauskristallisiert:

1. Statt einer entrechteten 1 €- Zwangs-Beschäftigungsgellegenheit fordern wir sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze nach den arbeitsrechtlichen Standards, verbunden mit Selbstvertretungsrechten der Betroffenen und/oder die Wahrnehmung ihrer Interessen über die gewerkschaftliche oder betriebliche Vertretung.

Jetzt schon würde das ALG.II und die Zuzahlung einen direkten Stundenlohn von 7 € bei dreißig Wochenstunden ergeben. Wir verlangen aber einen existenzsichernden Stundenlohn von 10 € in diesen regulären Arbeitsverhältnissen. (Würden die Zuschüsse an die Träger jetzt schon den 1€ - Betroffenen zugute kommen, dann wäre eine entsprechende Umstellung sofort möglich.)

Als erste Zwischenschritte in dieser Auseinandersetzung geht es um ein Selbstvertretungsrecht der entstehenden Betroffeneninitiativen der 1 € - Zwangsbeschäftigten in den Vergabebeiräte und eine öffentliche, demokratische Kontrollmöglichkeit der dort getroffen Vergabeentscheidungen. Wir verlangen sowohl ein Recht auf Selbstvertretung der Betroffenen, wie eine gewerkschaftliche und betriebliche Mitvertretung ihrer Interessen, wie eine direkte Einbindung der 1€-Beschäftigten in die Tarifverhandlung des öffentlichen Dienstes.

Egal, ob es eine Entlohnung von 1 € und ALG.II gibt oder ein existenzsichernder Grundverdienst von 10 €. Die zusätzlich zu schaffenden Arbeitsplätze müssen sowohl gesellschaftlich sinnvoll sein, dürfen nicht durch ihre Sinnlosigkeit die Würde der Beschäftigten oder deren Unversehrtheit in Frage stellen und vor allen keine regulären Arbeitsverhältnisse verdrängen.

2. Wir schließen uns der Forderung aus dem gewerkschaftlichen Umfeld und der Arbeitslosenbewegung an und verlangen die gesetzliche Einführung von einem 10 € - Mindestlohn, eine Einschränkung der Überstunden und die Einführung einer Dreißig-Stunden-Woche. ALG.II und die 1€-Zwangsbeschäftigungsgellegenheiten führen zu einer staatlich gewollten Ausweitung des Sektors der prekären Beschäftigungsverhältnisse, die jetzt schon die Hälfte des ersten Arbeitsmarktes ausmachen.
3. Die Zusammenführung der Sozialhilfe mit der Arbeitslosenhilfe sollte laut Regierungsverlautbarung eine soziale Grundsicherung schaffen. Wir verlangen eine bedingungslose Grundsicherung in Höhe von 850 € und die Übernahme der Warmmietkosten. Diese Höhe würde der EU-Berechnungsgrundlage von 50% der Durchschnittseinkommen entsprechen. Wir verlangen eine bedingungslose Gewährung dieses sozialen Grundrechts und das Recht auf eine informationelle Selbstbestimmung der Betroffenen. Wir verlangen von den das Hartz-Gesetz umsetzenden Kommunen ein Bleiberecht der ALG.II-Betroffenen in ihren Wohnungen und deshalb eine Übernahme der Warmmiete-Kosten.
4. Wir verlangen das alle ALG.II-EmpfängerInnen ohne eine deutsche Staatsbürgerschaft nicht auf Grund ihrer Arbeitslosigkeit oder Bedürftigkeit abgeschoben werden dürfen.

5. ALG.II-EmpfängerInnen müssen ein Recht auf kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe behalten. Dieses Recht ist nur realistisch gewährt, wenn es einen kostenfreien Zugang zu öffentlichen Einrichtungen wie Museen und Theater gibt. Ein reales Recht auf Mobilität besteht nur dann, wenn die Kosten für die monatliche Benutzung des öffentlichen Nahverkehrs nicht 10 € überschreiten.
6. Wir wehren uns gegen die staatlichen Versuche in diesem Land Zwangsarbeit einzuführen und werden um die bestehenden Rechte des Grundgesetzes kämpfen. Eine Ordnung der individuellen Grundrechte darf nicht durch die Ermessensspielräume des Maßnahmenstaats ersetzt werden.

II. Nach dieser Kurzdarstellung gab es eine Nachfragerunde und eine inhaltliche Diskussion:

- Mitglieder von BüSo, diese Forderungen würden einen falschen Weg eingehen. Sie wollen vom Staat 100.000 Arbeitsplätze eingeführt haben, wieder Industriearbeit durchsetzen und die Probleme in einem internationalen Kontext einordnen. Wenn ihr Führer mit Hilfe von Politikern der Demokraten in der USA Busch entmachten würde, dann käme es zu der entsprechend großen „Welle“ bei der die hier herrschenden Sozialdemokraten mitschwimmen müssten.
- Neben dieser Fundamentalkritik kam der Hinweis, dass es sinnvoller wäre, die Forderung nach dem generellen 10 € - Stundenlohn an erster Stelle zu setzen, da es ja nicht primär um eine Besserbezahlung der jetzt 1 € - Beschäftigungsverhältnisse geht. Momentan werden aus einer ABM-Stelle bis zu drei 1€-Jobs gemacht und damit ein massiver Verdrängungsdruck in dem Bereich der öffentlich Beschäftigten erzeugt. Diese Grundlogik kann sich sehr schnell in andere wirtschaftliche Sektoren ausweiten, bzw. diese Entwicklung wird durch den EU-Sekretär für Binnenmarkt erzwungen.
- Es wurde mehrfach darauf hingewiesen, wie wichtig eine öffentliche Kontrolle der Vergabe von öffentlicher Beschäftigungsförderung ist, damit keine Verdrängung staatlich durchgesetzt wird und damit die Fördermittel wirklich bei den Betroffenen ankommen.
- Ein Teilnehmer regte an, dieses Forderungsbündel mit dem Pilotprojekt einer „Sozialwerkstatt“ zu verbinden. Zielstellung sollte es sein, ALG.II-EmpfängerInnen so zu qualifizieren und zu begleiten, dass sie zu regulären Tarifverhältnissen mit einem 10€-Stundenlohn angestellt werden können. So ließen sich Kommunen und Sozialträger mit in eine gesellschaftliche Verantwortung einbinden.
- Ein Vertreter der Arbeitslosenbewegung und der Euromärsche begrüßte noch einmal, dass die Hartz-Protteste diese Forderung nach einer Grundsicherung aufnehmen, betonte die Notwendigkeit einer Umverteilung der Arbeit. Erst wenn es keine existenzielle Angst vor der Arbeitslosigkeit mehr gibt, dann kann es auch erfolgreiche Demokratisierung der „Arbeit“ geben, kann der „Arbeitsbegriff“ erweitert werden.

III. Diese Ergebnisse wurden dem Plenum so vorgestellt und vorgeschlagen:

- auf der Grundlage des Berliner Papiers ein Forderungsbündel zu konkretisieren
- und spätestens zum nächsten Treffen bundesweit zu verabschieden.
- Dazu wird die jetzige Textfassung und explizit das Forderungsbündel auf die Berliner Netzseite gestellt und wenn möglich auf die bundesweite Soziale-Bewegung-Seite. Änderungsvorschläge und Verbesserungen werden am besten an Roland und Rainer weitergeschickt, die gebeten werden eine Synopse der Vorschläge fertig zu stellen.

Das Plenum stimmte bei diesem Punkt dem Verfahren zu. Entsprechend des Vorschlages von Peter, vor dem nächsten regulären Bundestreffen noch einmal die Forderungsdiskussion mit den Aktionsvorschlägen zu verbinden, sollten die Änderungsvorschläge bis Ende Januar weitergeleitet werden, damit ein erster Zwischenstand formuliert werden kann. Grundlage der gemeinsamen Entscheidung sollte nur das Forderungsbündel sein und muss nicht der vorgesezte Teil der analytischen Betrachtungen und Verortungen des Bewegungsstandes.“

Arbeitsgruppe 3 [Der folgende Bericht der AG wurde für das Protokoll von Monika Waldeck (Dresden) verfasst]

„Bericht der Arbeitsgruppe „Erfahrungsaustausch“ während der 4. Konferenz der bundesweiten Montagsdemos gegen den Sozialabbau

Zu den angesprochenen Problemen, die hier kurz beschrieben werden, wurde versucht, einige Antworten zu finden:

- **Organisatoren von Demonstrationen wurden aufgefordert, Straßen und Verkehrsflächen selbst abzusperren.**

Eine mögliche Lösung des Problems: Die Veranstalter sollten sich unbedingt den „Kommentar des Versammlungsrechts“ vom zuständigen Ordnungsamt aushändigen lassen. Darin ist u.a. auch diese Frage eindeutig geregelt.

- ***Wie bekommen wir wieder mehr Leute auf die Straße? Trotz angebotener Informationsveranstaltungen, zusätzlich zur Montagsdemo, hält sich die Beteiligung der Betroffenen in Grenzen.***

Lösungsansatz: Es macht keinen Sinn, die Leute zu bekehren, wenn sie nicht zuhören wollen. Hilfe anbieten und sich in Geduld üben, „die werden schon kommen, wenn sie nicht mehr weiter wissen“. Verständnis dafür aufbringen, wenn den Menschen diese Situation peinlich ist.

Wer in Vereinen, Organisationen usw. organisiert ist, sollte versuchen, über diese Gruppen Demo-Teilnehmer zu gewinnen. z.B. Einzelgewerkschaften ansprechen, dass diese mit ihren Mitteln ihre Gewerkschaftsmitglieder aktivieren. Wenn die Teilnehmerzahlen wieder ansteigen, ist es angebracht, eine „Zeitung“ regelmäßig zu verteilen. Für mehrere kleine Städte und Gemeinden, die territorial nahe beieinander liegen, wurde die Gründung von Regionalbündnissen empfohlen, um die Kräfte besser bündeln zu können.

Angebote von Themenveranstaltungen ausweiten, den Weg weisen zu möglichst unabhängigen Beratungsstellen für rechtliche Fragen und Überprüfung der ALG II-Bescheide

Den Demonstranten muss in Gesprächen oder auf geeigneten Veranstaltungen erklärt werden, dass die Bewegung nur mit deren Teilnahme steht oder fällt, dass nur die Massen auf der Straße was bewegen können und dass Resignation hier völlig falsch am Platz ist.

- ***Geld und Geldnöte der Montags-Aktionen***

Mögliche Lösungen: Zu den obligatorischen „Sammelbüchsen“ werden folgende Möglichkeiten empfohlen: kleine Imbiss-Stände mit heißem Tee und Gebäck oder „Fettbemmen“ gegen Spendenabgabe, Tauschbörse bzw. Trödelmarkt während der Zeit der Kundgebung, der Demo und noch kurze Zeit danach. Die Kirchengemeinde, Privatunternehmer, Organisationen usw. für die Montagsdemos gewinnen, die dann evtl. auch als Sponsoren für die Technik, für Kopien von Infomaterial usw. in Aktion treten.

- ***Ideen für verschiedene Aktionen***

In einem sehr knapp gehaltenen Zeitraum könnten jede Menge Bewerbungen als Fallmanager an das jeweilige Arbeitsamt geschickt werden. (Schließlich sind wir arbeitslos und müssen uns bewerben). Durchführung eines Armutsgewöhnungscamps – Anregungen dazu können in Aschersleben eingeholt werden

Politiker bei Veranstaltungen belagern

Ziviler Ungehorsam bei der Demo – die Strecke ändern, betont langsam laufen.

Wer auf Telefon, Kabelfernsehen und Zeitung verzichten kann, sollte diese Medien abmelden und eindeutige und klare Begründungen dafür abgeben. Die Wirtschaft muss merken, dass sie auch von uns abhängig ist.

- ***...und noch ein paar allgemeine Ideen zur Anregung:***

Die Organisatoren könnten über geeignete Medien wie HP, Demo-Zeitung oder als Redebeitrag offen legen, dass sie, wie viele Demo-Teilnehmer, einen oder mehrere Berufe haben und ebenfalls von Arbeitslosigkeit / ALG II betroffen sind. Das schafft Vertrauen und könnte speziell in Dresden zur Abgrenzung der Störenfriede der MLPD beitragen. (Diese haben fast ausnahmslos Arbeit und arbeiten massiv an der Zerstörung der Montags-Demo.)

Das „Offene Mikrofon“ sollte ausnahmslos den *Betroffenen* die Möglichkeit einräumen, *sich zum Thema* zu äußern und ihrem Ärger Luft zu machen.

Einbeziehen der Mitdemonstranten, wenn es um die Verteilung von Infomaterial und Flyer geht. (Aus rechtlichen Gründen sind die Schriften mit dem Verfasser / Herausgeber zu kennzeichnen!)

Am Erfahrungsaustausch waren Teilnehmer aus folgenden Städten beteiligt: Aschersleben, Staßfurt, Dresden, Cottbus, Senftenberg, Finsterwalde, Sondershausen, Plauen/Vogtl., Hoyerswerda, Kulmbach/Oberfranken, Zwickau“

gez. Thomas Rudolph

[Die Berichte zu den AG 2 und 3 im Protokoll wurden von Monika Waldeck bzw. Rainer Wahls verfasst.]